
Bündnis gegen Schwarzarbeit in der deutschen Fleischwirtschaft

28. Juni 2007

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten begrüßt den Abschluss des Bündnisses gegen Schwarzarbeit in der deutschen Fleischwirtschaft. Die Schwarzarbeit in der deutschen Fleischwirtschaft und insbesondere die illegale Beschäftigung in der deutschen Fleischwirtschaft hat zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen und dem Verlust normaler sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze geführt. Aus Sicht der NGG kann das Bündnis, wenn es auch von Seiten der Fleischwirtschaft mit Leben gefüllt wird, einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung leisten. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten wird die – schon jetzt – gute Zusammenarbeit zwischen ihr und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit weiter ausbauen.

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten hält über die in der Bündniserklärung genannten Maßnahmen hinaus weitere Maßnahmen erforderlich, um der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung in der deutschen Fleischwirtschaft Einhalt zu gebieten:

Die von der Regierungskoalition beschlossene Ausweitung des Entsendegesetzes bietet hierzu Möglichkeiten. Wir fordern die deutsche Fleischwirtschaft auf, mit uns gemeinsam die Aufnahme ins Entsendegesetz zu beantragen und einen entsprechenden – bundesweiten – Tarifvertrag über Mindestarbeitsbedingungen in der deutschen Fleischwirtschaft abzuschließen. Die Aufnahme ins Entsendegesetz und der Abschluss eines entsprechenden Tarifvertrages würden einheitliche Mindestarbeitsbedingungen für alle Unternehmen in der Fleischwirtschaft herstellen, wäre somit wettbewerbsneutral. Illegale Formen der Arbeitnehmerüberlassung, insbesondere von ausländischen Schlachtkolonnen, würden wesentlich erschwert und ökonomisch unattraktiv.

Die Verbände der Fleischwirtschaft haben bisher leider keine Bereitschaft hierzu erkennen lassen.